



Bundestags- brief

Nr.290 •Die Woche im Bundestag• 07.05.2021



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222
Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Neue Nationalgalerie in Berlin erstrahlt in neuem Glanz

Die Neue Nationalgalerie in Berlin ist eine Ikone der modernen Architektur. Das Gebäude wurde in den Jahren 1965 bis 1968 nach Entwürfen von Ludwig Mies van der Rohe gebaut. Es ist das einzige Bauwerk des weltberühmten Architekten, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland errichtet wurde.

Seit 2014 war die Neue Nationalgalerie geschlossen, um eine grundlegende Sanierung des Gebäudes zu ermöglichen. Die Generalsanierung der Neuen Nationalgalerie erfolgte im Auftrag der Stiftung Preußischer Kulturbesitz durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Das Büro von Star-Architekt David Chipperfield war für die Planung zuständig.

Ziel der aufwändigen Arbeiten war es, den heutigen technischen Anforderungen im Hinblick auf Klimatisierung, Brandschutz und Sicherheit zu entsprechen. Die Ästhetik des weltberühmten Gebäudes sollte jedoch erhalten bleiben. In den vergangenen Jahren wurden deshalb die Ausstellungshalle und die Innenbereiche der Architektur-Ikone von Grund auf instandgesetzt. Allein die obere Ausstellungshalle erhielt 1.600 Quadratmeter an neuen Glasflächen. Insgesamt über 35.000 Originalbauteile wurden in den letzten Jahren zunächst restauriert und anschließend wieder eingebaut.

Trotz der Einschränkungen durch die Pandemie ist es gelungen, nach dem Humboldt Forum und der Staatsbibliothek Unter den Linden auch diese bedeutende Kulturbaustelle im Herzen der Hauptstadt fertigzustellen. Ab dem 22. August 2021 wird die Neue Nationalgalerie mit einer neuen Präsentation der Sammlung sowie einer Ausstellung zu Alexander Calder eröffnet und wieder zu einem Publikumsmagneten des Kulturforums in Berlin werden.

Gemeinsame Erklärung zum Umgang mit „Benin-Bronzen“

Gemeinsam mit den Leitungen der deutschen Mitglieds Museen der Benin Dialogue Group, den zuständigen Kulturministerinnen und -ministern der Länder sowie Vertretern des Auswärtigen Amtes haben wir in der vergangenen Woche eine gemeinsame Haltung zum weiteren Umgang mit den Benin-Bronzen in deutschen Museen in einer gemeinsamen Erklärung beschlossen.

In einem ersten Schritt wird eine von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte „Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland“ bis zum 15. Juni 2021 kurzfristig eine Aufstellung aller im Besitz der Museen befindlichen Benin-Bronzen auf ihrer Webseite (www.cp3c.de) veröffentlichen. Darüber hinaus werden die Museen bis Ende 2021 die Provenienzen zu diesen Objekten umfassend dokumentieren und öffentlich zugänglich machen. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, um das Versprechen größtmöglicher Transparenz einzulösen und substantielle Rückgaben zu ermöglichen. Diese sollen bereits 2022 beginnen.

Diese Erklärung ist eine historische Wegmarke im Umgang mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands. Wir stellen uns der historischen und moralischen Verantwortung, Deutschlands koloniale Vergangenheit ans Licht zu holen und aufzuarbeiten. Ich bin froh und dankbar, dass wir uns auf das gemeinsame Ziel verständigen konnten, eine abgestimmte Haltung in Deutschland zu entwickeln und zu einer gemeinsamen Verständigung mit der nigerianischen Seite zu gelangen. Neben einer echten Transparenzoffensive werden vor allem substantielle Rückgaben angestrebt. So möchten wir zur Verständigung und zur Versöhnung mit den Nachkommen der Menschen beitragen, die in der Zeit des Kolonialismus ihrer kulturellen Schätze beraubt wurden.

Unser Krisenmanagement wirkt

Deutschland erreicht in diesen Tagen wichtige Etappenziele auf dem Weg aus der Pandemie: die Zahl der Impfungen steigt kontinuierlich an und die Zahl der Infektionen beginnt zu sinken, wenn auch ausgehend von ausgesprochen hohem Niveau.

Sehr ermutigend ist der Anstieg der täglichen Impfungen in Deutschland. So wurden am vergangenen Dienstag bereits mehr als 800.000 Menschen geimpft und es ist davon auszugehen, dass dieses hohe Tempo der Impfungen in den kommenden Wochen noch einmal gesteigert werden kann.

Gleichzeitig ist die Zahl der Infektionen pro 100.000 Einwohner in den vergangenen 10 Tagen von 170 auf unter 130 gesunken. Das sind ermutigende Anzeichen dafür, dass die Bundesnotbremse greift – auch wenn die hohe Infektionsdynamik vielerorts immer noch zur Vorsicht mahnt. Die Funktionalität der Corona-Warn-App wurde durch eine neue Möglichkeit zum anonymen Einchecken per QR-Code weiter verbessert. Das alles zusammen ermöglicht es uns jetzt, an einer verlässlichen und belastbaren Öffnungsstrategie zu arbeiten.

Hass im Netz bekämpfen

Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der Amoklauf von Hanau oder die Attentate im Umfeld der Synagoge in Halle haben gezeigt: Hass, der im Internet seinen Anfang nahm, kann nur allzu leicht von der digitalen in die reale Welt übergreifen. Dann werden aus Worten Taten. Klar ist: Hass und Hetze dürfen in den Sozialen Netzwerken nicht ungestraft bleiben.

Dafür trat 2017 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Kraft. Jetzt wird es weiterentwickelt: Mit dem „Gesetz zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes“, das der Bundestag beschlossen hat, werden eine Reihe von ergänzenden Regelungen auf den Weg gebracht, die die Bekämpfung strafbarer Inhalte auf den Plattformen weiter verbessern und transparenter machen. Zudem werden die Nutzerrechte gestärkt, etwa durch die bessere Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche. Und: Man kann jetzt eine Begründung verlangen, wenn etwas gesperrt wurde.

Klimaschutz mit christdemokratischer und christsozialer Handschrift

Deutschland kann als Gesellschaft und als Wirtschaftsstandort gestärkt in eine klimaneutrale Zukunft gehen. Die Union sieht Nachhaltigkeit dabei immer in ihrer ganzen thematischen Breite und technologischen Vielfalt. Konsequenter Klimaschutz muss von Anfang an mit wirtschaftlicher Stärke und sozialem Ausgleich in Einklang gebracht werden und Menschen mitnehmen. Dafür stehen wir als Volksparteien. Aus der Erhöhung des EU-Klimaziels für 2030 ergibt sich als Konsequenz auch eine Anhebung der deutschen Ziele. Dabei setzen wir auf marktwirtschaftliche Lösungen, erneuerbare Energien und steigende private Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz.

Vor 150 Jahren trat die deutsche Verfassung in Kraft

Nach der Kaiserproklamation am 18. Januar und der ersten Wahl zum Reichstag im März 1871 verabschiedete dieser Reichstag im April 1871 die Verfassung des neu gegründeten Deutschen Reiches.

Nach Unterzeichnung durch Kaiser Wilhelm I. wurde sie am 4. Mai desselben Jahres veröffentlicht. Als großer Vermittler zwischen den liberalen Kräften in den deutschen Staaten, dem König von Preußen, der Führung des Norddeutschen Bundes, und den süddeutschen Staaten gilt Otto von Bismarck, der erster Reichskanzler in der nun geschaffenen konstitutionellen Monarchie wurde.

Noch im Nachgang der Revolution von 1848 schlug der erste Versuch einer deutschen Verfassung – geschrieben von der Nationalversammlung der Paulskirche – fehl. Denn der preußische König Friedrich Wilhelm IV. hielt an seiner Herrschaft durch das Gottesgnadentum fest. Trotzdem führte die Paulskirche ein demokratisches Verständnis in die deutsche Gesellschaft ein, auf dessen Druck hin gut 20 Jahre später einer Verfassung nicht mehr ausgewichen werden konnte.

(Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, LeMO)